

## Internationale Freigeistige Rundschau 1/2009

### Europa

#### *Europäische Union*

I (3893) **Vatikanstadt.** Der Heilige Stuhl hat den Schrumpfungsprozess in Europa mit eindrucksvollen Zahlen dokumentiert. Aus dem neu erschienenen Päpstlichen Jahrbuch "Annuario della Chiesa cattolica" geht zwar hervor, dass im Jahr 2007 weltweit rund 1,15 Milliarden Katholiken gezählt wurden, nur 0,02 mehr als im Vorjahr (was übrigens auch schon unter der Bevölkerungswachstumsrate liegt). In Europa ergab sich jedoch ein Rückgang in der gleichen Größenordnung. Besonders dramatisch sank dabei die Zahl der Priester in Europa, nämlich um fast sieben Prozent binnen eines einzigen Jahres. In Deutschland nahm die Zahl der aktiven Pfarrseelsorger zwar nur um gut 2 Prozent ab - von ca. 8.500 auf 8.300 - aber dieser schon seit Jahren anhaltende Schwund ist damit doppelt so hoch wie bei den Kirchenmitgliedern. Er wäre sogar noch deutlich höher, würde er nicht durch immer mehr afrikanische oder indische Geistliche abgemildert, die überdies viel Geld sparen, weil sie sehr dürftig bezahlt werden - im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen, für die im Monat durchschnittlich 5000 Euro an Personalkosten aufgewendet werden. (*Radio Vatikan*, 28.2.09; eigene Recherchen der MIZ-Redaktion)

#### *Belgien*

I (3894) **Brüssel.** Trotz einer deutlichen Säkularisierung des einst streng katholischen Landes hat die Trennung von Staat und Kirche immer noch Lücken. Nun ist ein Vorstoß von Ex-Ministerpräsident Guy Verhofstadt (vorläufig) gescheitert, den ersten Rang des Kardinals von Mechelen-Brüssel im belgischen Protokoll zu korrigieren. Bei offiziellen Anlässen oder der Tischordnung bei Staatsbesuchen wird (nach den Mitgliedern des Königshauses) die Liste weiterhin von Kardinal Danneels und danach vom Doyen des Diplomatischen Korps, dem katholischen Nuntius angeführt. Erst danach folgen der Präsident des Europäischen Parlaments und dann die Präsidenten von Abgeordnetenhaus und Senat Belgiens. Anschließend finden sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten auf der Liste, gefolgt vom belgischen Ministerpräsidenten und seinen Stellvertretern.

An eine erneute Initiative sei trotz Versuchen einzelner Abgeordneter nicht gedacht, zitiert die Zeitung den Innenminister. Verhofstadt hatte nach Angaben der Zeitung den Kardinal nach seinem Amtsantritt 1999 auf der Protokollliste von Platz 1 auf Platz 40 setzen wollen. (*Le Soir*, 25.2.09)

I (3895) **Brüssel.** Immer mehr Belgier lassen laut Medienberichten eine Sterbehilfe-Verfügung eintragen. Allein in diesem Jahr hätten bereits rund 1.100 Bürger des Landes bei den Gemeinden den Wunsch registrieren lassen, im Fall eines irreversiblen Komas aktive Sterbehilfe zu erhalten. Das seien rund 25 Sterbehilfe-Verfügungen pro Tag. Seit der Einführung der Verfügungen im September 2008 hätten insgesamt mehr als 4.500 Belgier eine solche Verfügung im Rathaus registrieren lassen, heißt es in den Berichten unter Berufung auf den nationalen Gesundheitsdienst. Das Dokument ist fünf Jahre gültig. In Belgien ist aktive

Sterbehilfe seit Herbst 2002 gestattet. Voraussetzung ist, dass ein erwachsener Kranker im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte den Wunsch zu sterben "freiwillig, überlegt und wiederholt" geäußert hat. Zudem muss er an einer unheilbaren Krankheit leiden, die ein Weiterleben für den Patienten körperlich wie psychisch unerträglich macht. Die katholische Kirche lehnt die Verfügung ab, u.a. weil der Mensch nicht über sein eigenes Lebensende verfügen dürfe. (*Le Soir*, 2.3.09)

### *Deutschland*

I (3896) **Augsburg**. Die Williamson-/Piusbrüder-Affäre hat auf die Zahl der Kirchnaustritte offenbar weniger durchgeschlagen als in den Medien zunächst anklang. Allerdings kam heraus, dass offenbar bereits in 2008 ein deutlicher Anstieg erfolgte. In Paderborn traten z.B. im Vorjahr 25 Prozent mehr aus als 2007 ( 615 nach 484), in Augsburg waren es sogar 35 Prozent mehr (1341 nach 994). In den ersten beiden Monaten 2009 verließen dort 246 Personen die Kirche, was einer Zunahme von weiteren 13 Prozent entspräche. In Passau und Umgebung traten in den ersten sieben Wochen 2009 etwa 30 Prozent mehr aus als im gleichen Vorjahreszeitraum, in Regensburg gar 79 nach 34, in Münster 165 nach 96. Der Limburger Bischof Tebartz-van Elst erklärte allerdings lapidar, auf seinem Schreibtisch finde er mehr „Austrittssachen“ wegen der seit 1.1.2009 geltenden Abgeltungssteuer als wegen der „Vorkommnisse“ in Rom, und auch der Leiter des Standesamts Nürnberg führt den Anstieg auf den Umstand zurück, dass die Banken bei den Kunden wegen der Religionszugehörigkeit nachfragten. (*Augsburger Allgemeine*, 4.2.09; *Passauer Neue Presse*, 17.2.09; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.2.09)

Anm. *MIZ*-Red.: Nach langjähriger Erfahrung verlaufen die Austrittskurven zyklisch nach einem bestimmten Muster: Experten gehen von einem „Reservoir“ von etwa 3 Mio. Protestanten und 2 Mio. Katholiken aus, die eindeutig austrittswillig sind. Aber von diesen vollzieht pro Jahr nur ein kleiner Teil diesen Schritt (nämlich etwa 250.000 bis 300.000); auf die Dauer treten nach evangelischen Studien aber doch mehr als zwei Drittel aus. Erregt indes ein Kirchenskandal die Gemüter, so nehmen die Austritte kurzfristig zu, pendeln sich aber mittelfristig wieder ein. Umgekehrt ließ die Papst-Euphorie die Austrittszahlen zwischen 2004 und 2006 sinken, aber spätestens 2008 erreichen sie offenbar wieder den „Normalwert“. Fatal für die Kirchen ist längerfristig allerdings, dass die Hemmschwelle zum Austritt bei der jüngeren Generation konstant niedriger wird.

I (3897) **Wetzlar**. Die Löhne in Kirche und Diakonie sind nach einem Bericht der konservativen evangelischen Nachrichtenagentur "idea" für Familien zu niedrig. Immer mehr Mitarbeiter bräuchten einen zweiten oder gar dritten Job, um ihre Familie ernähren zu können. Im Rheinland seien das laut internen Befragungen der Mitarbeitervertretungen inzwischen etwa 20 bis 30 Prozent der kirchlich Beschäftigten, sagte der Vorsitzende der Mitarbeitervertretung im freikirchlichen Diakoniewerk Bethanien. Die Löhne und Gehälter der Mitarbeiter in kirchlich-diakonischen und sozialen Einrichtungen seien in den vergangenen Jahren nicht entsprechend der Teuerungsrate gestiegen. In den unteren Lohngruppen lägen die Einkommen der Mitarbeiter im kirchlichen Dienst nur knapp über den Mindestlöhnen. (*idea*, 16.2.09)

I (3898) **Berlin**. Die Deutsche Bischofskonferenz hat dem Beginn des Runden Tisches zum Schicksal ehemaliger Heimkinder nun endlich zugestimmt und gleichzeitig

bedauert, dass Kindern und Jugendlichen in katholischen Heimen Unrecht und schweres Leid widerfahren seien. "Ihnen gilt unser uneingeschränktes Mitgefühl", erklärte der Vertreter der Bischofskonferenz in dem Gremium, Johannes Stücker-Brüning, am Dienstag in Berlin. Die katholische Kirche stehe in der Verantwortung für die Menschen, die ihren Einrichtungen für eine gewisse Zeit anvertraut worden seien, betonte der Geschäftsführer der Caritas-Kommission der Bischofskonferenz. Er unterstrich den Willen der Kirche, die Geschichte der Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik aufzuklären. Der Runde Tisch könne zu einer "kleinen Wahrheitskommission" werden. Zum Auftakt des Gremiums verwies Stücker-Brüning zugleich darauf, dass nach bisherigen Erkenntnissen in katholischen Heimen "Gewalt nicht grundsätzlich eingesetzt" wurde - eine Aussage, die nicht wenige Beobachter als zynisch werteten. Das Ausmaß von Misshandlungen und Zwangsarbeit sei aber noch nicht genau erforscht, ebenso wie die Frage, wieweit die Erziehungskonzepte der Heime über das hinausgegangen seien, was in der Nachkriegszeit üblich war. Stücker-Brüning deutete erstmals an, die Kirche wolle den Betroffenen Unterstützung anbieten; von regulären Schmerzensgeld-, Schadenersatz- oder sonstigen Wiedergutmachungsleistungen wollte er aber nichts wissen. (KNA, 17.2.09)

I (3899) **Berlin**. Der Berliner Volksentscheid zur Gleichstellung des Religions- mit dem Ethikunterricht findet am 26. April statt. Das entschied der Berliner Senat am Dienstag. Die Regierungskoalition von SPD und Linkspartei folgte damit nicht dem Willen der Initiatoren des Volksbegehrens "Pro Reli" sowie von Kirchen, CDU, FDP und Grünen. Diese hatten dafür plädiert, den Volksentscheid zusammen mit der Europawahl am 7. Juni abzuhalten, weil ein separater Abstimmungstermin zu Mehrkosten in Höhe von 1,4 Millionen Euro führe. Sie verschwiegen allerdings, dass die Annahme des Volksbegehrens infolge der zusätzlichen Personal- und Sachkosten ebenfalls zu Mehrkosten von 1,4 Millionen Euro führen würde - allerdings nicht einmalig, sondern permanent alle drei Monate. Die Opposition wirft der rot-roten Koalition vor, durch den separaten Abstimmungstermin eine niedrigere Bürgerbeteiligung erreichen zu wollen. Tatsächlich wird der Volksentscheid dadurch aber ehrlicher, denn nun wird nur abgestimmt, wem es wirklich um das Thema geht. Damit der Religionsunterricht zur gleichberechtigten Alternative des staatlichen Ethikfachs wird, müssten dem rund 610.000 wahlberechtigte Berliner zustimmen. Dies gilt aber als unwahrscheinlich, denn nur 9,4 Prozent der Berliner sind katholisch und 19,2 evangelisch. (*Berliner Zeitung*, 17.2.09)

I (3900) **Regensburg**. Der Streit um die Traditionalisten-Bischöfe legt innerkatholische Spannungen offen. Nun fordert der vom Papst hochgeschätzte Regensburger Bischof Müller eine Entschuldigung von drei Regensburger Theologie-Professoren, die eine angeblich papstkritische Petition unterschrieben haben. Die 20.000 Unterzeichner hatten die Rehabilitierung der Piusbruderschaft sowie die Aufhebung der Exkommunikation der vier Traditionalisten-Bischöfe kritisiert und die uneingeschränkte Anerkennung aller Beschlüsse des Zweite Vatikanischen Konzils gefordert. Zugleich warnten sie auch vor einer Rückwärtswendung von Teilen der Kirche in eine "antimodernistische Exklave". Müller wirft den Professoren vor, den Papst beleidigt zu haben, und fordert eine schriftliche Distanzierung von der Petition binnen zwei Wochen. Außerdem müssten die Theologen vor ihm, Müller, erscheinen und das Glaubensbekenntnis sowie einen Treueid auf die Lehre der Kirche ablegen, schreibt die Zeitung. Andernfalls drohte er mit dem Entzug der Lehrerlaubnis.

Die drei Betroffenen - der Pastoraltheologe Heinz-Günther Schöttler, der Religionspädagoge Burkard Porzelt und die Kirchenrechtlerin Sabine Demel - reagierten überrascht auf den Brief des Bischofs. Inzwischen erklärten sie, der Forderung nicht nachzukommen. Sie hätten den Papst nicht beleidigt, weshalb sie sich auch nicht entschuldigen müssten. Auch für die Wiederholung von Treueeid und Glaubensbekenntnis bestehe kein Grund, weil sie von beidem nicht abgewichen seien. Zum Inhalt der Petition stünden sie "nach wie vor uneingeschränkt", heißt es in einer Presseerklärung der drei Professoren. Sie seien weiterhin bereit, dem Bischof im Gespräch ihre Sorge für die Kirche zu verdeutlichen.

Unterdessen sprach Müller mit der Fakultätsleitung in Regensburg. Nach der Unterredung gaben die Beteiligten eine gleichlautende, aber nichtssagende Erklärung ab. Ob der Konflikt damit beigelegt ist, ist unklar. (*Süddeutsche Zeitung*, 17.2.09; *Focus*, 17.2.09; *KNA*, 22.2.09)

Anm. *MIZ*-Red.: Dass dieser Schritt ohne Rücksprache mit dem Papst erfolgt sein soll, ist völlig unvorstellbar. Der äußerst konservative Bischof war von ihm als Erzbischof und künftiger Kardinal in München vorgesehen, wurde aber – wie später bekannt wurde – erst nach eindringlichem Abraten seitens der bayerischen Staatsregierung fallengelassen. Doch zum Ausgleich berief ihn der Papst zunächst in die Glaubenskongregation (die frühere Inquisitionsbehörde), deren Chef einst Ratzinger selbst war. Müller gehört damit zu dem etwa 20 Mitglieder umfassenden Kreis von Kardinälen und Bischöfen, die zu den meist vierzehntägigen Sitzungen der Kongregation eingeladen sind. Außerdem nimmt er an den alle zwei Jahre stattfindenden Vollversammlungen teil (vgl. *BR-Kirchenfunk*, 21.12.07). Und erst im Januar wurde er vom Papst zum Mitglied im vatikanischen Kulturrat ernannt. Auch dieses Gremium ist nicht unwichtig, den der 1982 gegründete Kulturrat, der 1993 mit dem Rat für den Dialog mit den Nichtglaubenden zusammengelegt wurde, befasst sich in zwei Sektionen mit "Glaube und Kultur" und "Dialog mit den Kulturen". Er hat die Aufgabe, "die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Bereich der menschlichen Kultur" im interdisziplinären Gespräch zu fördern. Dabei soll er den Vatikan-Statuten zufolge dafür eintreten, dass sich "die weltliche Kultur mehr und mehr dem Evangelium öffne und die Wissenschaftler, Literaten und Kunstschaffenden sich von der Kirche zum Wahren, Guten und Schönen gerufen wissen" (vgl. *KNA*, 17.1.09). Müller darf also zusammen mit Meisner als engster Vertrauter des Papstes angesehen werden.

I (3901) **Wassertrüdingen**. Eine Investorengruppe um den evangelikalen Hamburger Unternehmer Harry Vossberg will die mit 55 Metern weltweit größte Jesus-Statue am Rande der mittelfränkischen Kleinstadt Wassertrüdingen errichten. Der Stadtrat hat angesichts der geschäftlichen Perspektiven - im Kopf der Christusfigur sollen Pilgerhotel mit 185 Zimmern und ein Restaurant eingebaut werden, das als Publikumsmagnet dienen soll - mit großer Mehrheit grünes Licht für die Bauleitplanung gegeben. Bürgermeister Günther Babel erhofft sich touristische Impulse für die strukturschwache Region, will mit dem Künstler aber auch ein weithin sichtbares Zeichen des christlichen Glaubens setzen.

Die Heimatpfleger sowie die Naturschutzbehörden äußerten allerdings bereits schwere Bedenken. 2007 hatte Vossberg vor, die gleiche Christus-Statue auf dem 1.613 Meter hohen Berg Predigtstuhl bei Bad Reichenhall zu errichten. Dies hatte der Stadtrat des oberbayerischen Kurorts im September letzten Jahres abgelehnt. Als Vorbild für die geplante Jesus-Figur dient die Christus-Statue von Rio de Janeiro (Brasilien). Die bayerische Variante soll das berühmte Vorbild allerdings um 17 Meter

überragen. Vossberg rechnet mit Investitionen von 20 Millionen Euro - falls das Projekt überhaupt akzeptiert wird.

Inzwischen stößt das Projekt allerdings auch bei kirchlichen Sachverständigen auf Widerstand. Das Monument sei "absoluter Kitsch". Außerdem stehe das Vorhaben auch in völligem Gegensatz zu den Entwicklungszielen der Hesselberg-Region wie sanfter Tourismus und Pflege des Landschaftsbildes. Mit dem Vorhaben drohe die Stadt Wassertrüdingen zur "Lachnummer der Nation zu werden".

(*Süddeutsche Zeitung*, 20. u. 24.2.09; *Evangelisches Sonntagsblatt Bayern*, 1.3.09)

I (3902) **Köln/Düsseldorf**. Im Karneval soll Humor nicht zu kurz kommen, meint Kardinal Meisner - aber nicht, wenn die Kirche selbst Zielscheibe des Spotts ist. So übte er heftige Kritik an der Art und Weise, wie der Papst auf einem Karnevals-Wagen dargestellt worden war. Der Motivwagen im Düsseldorfer Rosenmontagszug sei verletzend für Katholiken und die katholische Kirche, so Meisner.

Auf dem Wagen war eindeutig Benedikt XVI. zu erkennen, der dem Teufel die Hand reicht. Mit dem Satan aus Pappmachee war niemand anderes gemeint als Holocaust-Leugner Williamson. Der Bischof der Piusbruderschaft trug zusätzlich die Aufschrift "Antisemitismus".

Obwohl Ratzinger den Traditionalisten-Bischöfen symbolisch unstreitig die Hand zur Versöhnung reichte, war dies dem Kardinal, der bei Angriffen auf Andersdenkende keineswegs zimperlich ist, bereits zuviel. Kenner mutmaßen, dass ihm die Darstellung Williamsons als Teufel zu polemisch erschienen ist. (*Rheinische Post*, 26.2.09)

I (3903) **Berlin**. Scharfe Kritik an der "evangelikalen Bewegung" üben die Autoren Oda Lambrecht und Christian Baars in ihrem Buch "Mission Gottesreich. Fundamentalistische Christen in Deutschland", das im Berliner Links-Verlag erschienen ist.

Darin analysieren die Autoren die Aktivitäten konservativer und fundamentalistischer Gruppen wie der "Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (Korntal bei Stuttgart), die "Studiengemeinschaft Wort und Wissen" (Freudenstadt-Baiersbronn), den "Christlichen Medienverbund KEP" (Konferenz Evangelikaler Publizisten) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea (beide Wetzlar). Kritisiert werden auch charismatische Werke und Gemeinden, darunter das von Reinhard Bonnke geleitete Missionswerk "Christus für alle Nationen" (Frankfurt am Main). Laut Lambrecht und Baars erheben sich bibeltreue Christen über andere Religionen und über Menschen, die nicht an einen Gott glauben. Selbst Christen, die anders glaubten, würden oft als "lau" oder "gleichgültig" bezeichnet. Fundamentalisten wollten keinen echten Dialog auf Augenhöhe. Homosexuelle würden massiv diskriminiert. Zudem verweigerten einige christlich-fundamentalistische Eltern ihren Kindern den Schulbesuch und unterrichteten sie zu Hause. Diese Kinder hätten kaum eine Chance, andere Positionen kennenzulernen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Außerdem nutzten einige Prediger ihre Macht aus, um Gemeindemitglieder unter Druck zu setzen. Sie verlangten absoluten Gehorsam, unermüdlichen Einsatz und riefen zu hohen Spenden auf. Zwar stellten die Evangelikalen in Deutschland keine einheitliche Gruppe dar, doch berufe sich eine große Mehrheit auf fundamentalistische und demokratiefeindliche Grundsätze.

Dagegen hat sich nach Beobachtung von Lambrecht und Baars das Verhältnis zwischen Evangelikalen und der weltoffeneren Mehrheit in den Landeskirchen entspannt, nicht zuletzt weil der Einfluss "bibeltreuer" Christen zunehme. So habe

der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Huber, demonstrativ an evangelikalen Veranstaltungen teilgenommen und sich mit den Initiatoren solidarisiert. Laut Lambrecht und Baars sollten liberalere Christen aus den Landeskirchen jedoch gegen die oft undemokratischen Wertvorstellungen und den Absolutheitsanspruch von Evangelikalen Stellung beziehen. Der kirchliche Mitgliederrückgang dürfe kein Grund sein, sich widerspruchslos fundamentalistischen Positionen anzunähern oder gar anzupassen. Tatsächlich liegt die Zahl der aktiven evangelikalen "Missionare" in Deutschland bei knapp 6000 und die Gesamtzahl der Aktivisten auch nur bei etwa 10.000, aber ihr Einfluss in evangelischen Gremien nimmt merklich zu. (*idea*, 6. u. 7.3.09)

### *Frankreich*

I (3904) **Nantes**. Die Ablehnung eines katholischen Priesters, ein sechs Monate altes Baby zu taufen, hat in Nantes für erheblichen Wirbel innerhalb wie außerhalb der Kirche gesorgt. Nach Medienberichten weigert sich der Priester, weil die Familie ihr zweites, siebenjähriges Kind nicht zu einer Glaubenserweckungsfeier schicken wollte. Die Mutter gibt hingegen an, der Priester habe die Taufe des Kleinkindes von der Einschreibung ihres neunjährigen Sohnes zum Religionsunterricht abhängig gemacht.

Während der Ortsbischof von einem falschen Verständnis des Taufaktes spricht, protestierten Freidenker und säkulare Organisationen gegen die "Erpressungsmethoden" des Klerikers, der die freie Gewissensentscheidung der Eltern und des Kindes missachte. (*Ouest France*, 25.2.09)

### *Großbritannien*

I (3905) **London**. Pünktlich zum 200. Geburtstag von Charles Darwin haben sich die nichtreligiösen Kräfte an den britischen Universitäten formiert. Als Gegenpol zur christlichen Studentenmission ist jetzt die Nationale Föderation der Atheistischen, Humanistischen und Säkularen Studentenvereinigungen ins Leben gerufen worden. Sprecherin ist die 22-jährige Oxford-Absolventin Chloe Clifford-Frith. Sie sagte der liberalen Zeitung *The Guardian* (London): "Wir leben in einer Welt, in der religiöse Staaten Ehebrecher und Homosexuelle hinrichten, in der Frauen und Minderheiten Grundfreiheiten vorenthalten sowie falsche Behauptungen über Schwangerschaftsverhütung und wissenschaftliche Forschung verbreitet werden." Die religionsfreien Studierenden wollen nicht nur für ihre Weltanschauung werben, sondern auch religiöse "Privilegien" bekämpfen, etwa eine staatliche Bezuschussung religiöser Schulen oder Sitze für Bischöfe im britischen Oberhaus. Prominentester Unterstützer der säkularen Bewegung ist der Oxforder Evolutionsbiologe und Bestsellerautor Prof. Richard Dawkins ("Der Gotteswahn"). Er hatte auch die Kampagne der Britischen Humanistischen Vereinigung unterstützt, die seit Jahresbeginn rund 800 Busse und Bahnen mit der Aufschrift versehen hatte: "Wahrscheinlich gibt es keinen Gott. Keine Sorge - genießen Sie das Leben." (*The Guardian*, 21.2.09)

### *Italien*

I (3906) **Rom**. Eluana Englaro, seit 17 Jahren nach einem Autounfall im Wachkoma, durfte gegen kirchlichen Widerstand endlich sterben. Ihr Vater konnte einzelne von Zeugen bestätigte frühere Äußerungen der jungen Frau als Beleg vorlegen, dass

Eluana nicht in dieser Weise dahinvegetieren wollte. Damit überzeugte er der Obersten Gerichtshof, der die Einstellung der Zwangsernährung erlaubte. Dagegen protestierten selbsternannte „Lebensschützer“ der katholischen Kirche gemeinsam mit Neofaschisten und den Anhängern der konservativen Regierungspartei. Unter ihrem Einfluss und dem diplomatischen Druck des Vatikan wollte Ministerpräsident Berlusconi sogar noch ein Eilgesetz durch den Senat peitschen. Doch Staatspräsident Napolitano machte deutlich, dass er kein Gesetz unterschreiben werde, das den Willen der betroffenen Person missachte, außerdem halte er das Dekret für verfassungswidrig. Der unerwartet frühe Tod veranlasste katholische Eiferer zu der Vermutung, der Vater könne bei dem unerwartet raschen Ableben nachgeholfen haben. Dem widersprach inzwischen die untersuchende Staatsanwaltschaft.

Besonnene Politiker mahnten inzwischen ein Gesetz zur Einführung eines „biologischen Testamentes“ (Patientenverfügung) an. Denn offiziell ist in Italien nicht nur die aktive, sondern auch die passive Sterbehilfe noch immer verboten. (*Süddeutsche Zeitung*, 11.2.09)

I (3907) **Rom**. Ein bekannter italienischer Gynäkologe will eine Frau mit dem Sperma ihres dauerhaft im Koma liegenden Mannes befruchten. Der Vatikan hat dies scharf kritisiert. Die Sperma-Entnahme sei illegal, weil zur Zeugung die Zustimmung beider Elternteile notwendig sei, sagte der Ehrenpräsident der päpstlichen Akademie für das Leben Erzbischof Elio Sgreccia. Hier werde der Ehemann als "einfaches Zelllager" behandelt. Der Mann hatte allerdings früher seinen grundsätzlichen Kinderwunsch erklärt - und im Übrigen auch nicht den Vatikan zu seinem Patientenanwalt gemacht. (*Spiegel online*, 18.2.09; *Agence France Presse*, 18.2.09)

### Österreich

I (3908) **Salzburg**. Der Salzburger Weihbischof Andreas Laun fungierte im Landtagswahlkampf ungewollt, aber lange Zeit auch unwidersprochen als Werbeträger für die "Christliche Wählergemeinschaft", die eine Wahlempfehlung für die nationalistische FPÖ abgab. Erst nachdem sich öffentlich Proteste regten, distanzierte sich Laun eine Woche vor der Wahl von der Vereinnahmung und betonte, dass er als Bischof für keine politische Partei eintrete. (*Kurier*, 23.2.09; *kap* (=kath. Presseagentur Österreichs), 24.2.09)

### Polen

I (3909) **Warschau**. Der polnische Rat für Medienethik hat den nationalkonservativen Kirchensender "Radio Maryja" wegen antisemitischer Aussagen gerügt. Der Sender habe gegen eine ethische Grundregel und das polnische Gesetz verstoßen, erklärte das Selbstkontrollgremium der Medien am Freitag. Ende Januar gingen den Angaben zufolge antisemitische Äußerungen eines Studiogastes ohne eine Distanzierung durch den Moderator auf Sendung. Der Medienrat appellierte an den Sender, derartige Regelverstöße künftig mit allen Mitteln auszuschließen. Außer dem Medienrat hatten in der Vergangenheit auch einzelne Bischöfe den Sender wegen seiner schon früher rechtsextremen und antijudaistischen Programminhalte kritisiert, jedoch dachte der Vatikan bisher nie daran, die Verantwortlichen z.B. mit einem Bußschweigen zu bestrafen (wie einige Befreiungstheologen) oder sie gar zu exkommunizieren. Vielmehr werden sie als in die katholische Kirche voll integrierte Körperschaft betrachtet. (*KNA*, 28.2.09)

## *Portugal*

I (3910) **Lissabon**. In Portugal versucht die katholische Kirche ihre Position vorsichtig zu verstärken. In die nationale Kommission zur Vorbereitung der Feiern zu "100 Jahre Republik" im Jahr 2010 wurde auch ein Kirchenvertreter berufen, vermeldete die portugiesische katholische Nachrichtenagentur "Ecclesia" und fuhr fort, man wolle unter keinem Umständen "alte Wunden öffnen". Es gehe nicht um eine auf die Vergangenheit gerichtete Sicht, sondern um eine "Suche nach gemeinsamen Elementen, die für den Aufbau der Zukunft des Landes hilfreich sind", betonten die Verantwortlichen der Kommission. Präsident der Kommission ist der Wirtschaftsfachmann Artur Santos Silva, kirchlicher Repräsentant ist der Bischof von Porto, Dom Manuel Macario do Nascimento Clemente.

Der portugiesische König Manuel II. wurde am 5. Oktober 1910 durch eine Revolution gestürzt und ins englische Exil geschickt. Die neue Republik war deutlich säkular eingestellt; Freimaurer waren die neuen Machthaber. Die Beziehungen zum Vatikan wurden abgebrochen, der Großteil der Kirchengüter beschlagnahmt, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen abgeschafft. Ministerpräsident Alfonso da Costa erklärte damals wörtlich: "Der katholische Glaube wird im Volk in zwei Generationen erledigt sein". Mit dem Staatsstreich des nationalistischen Diktators und Hitlerfreunds Salazar 1926 bekam die Kirche zwar wieder Oberwasser, aber ihre engen Beziehungen zum Herrscher schaden ihr naturgemäß nach der demokratischen „Revolution der Nelken“ 1974. Seither ist die Stellung der Kirche dort weit schwächer als in allen anderen süd- und mitteleuropäischen Staaten mit katholischer Mehrheit. (kap, 20.2.09)

## *Spanien*

I (3911) **Madrid**. Völlig überraschend hat die sozialistische Partei Spaniens (PSOE) nun ihren Kurs gegenüber der katholischen Kirche völlig geändert. Entgegen ihren Wahlversprechen lehnten die Sozialisten im Kongress mehrere von ihnen selbst eingebrachte laizistische Gesetzesinitiativen ab. So stoppte die Fraktion der PSOE Vorlagen zur Erleichterung von Kirchenaustritten, zur Einstellung der Finanzhilfen für die Kirche, zur Kündigung des Konkordats mit dem Vatikan und zur Entfernung christlicher Symbole bei Staatsakten und -feiern. Zudem stimmte sie gegen die Bildung einer Kongresskommission, die die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe in Spanien vorbereiten sollte. Damit bereitete die PSOE ihrem Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Zapatero, der als überzeugter Laizist gilt, eine schwere Niederlage. Gaspar Llamazares von der Vereinigten Linken (IU) warf den Sozialisten vor, gegenüber dem Druck des Vatikan „in die Knie zu gehen“ und ihr Wahlversprechen zu brechen, die sozialen Reformen voranzutreiben. (*El Pais*, 4.2.09)

## *Vatikan*

I (3912) **Vatikanstadt**. Zu einem handfesten Skandal mit weltweiter Beachtung wuchs sich das Bestreben des Papstes aus, die „Einheit aller Katholiken“ konkret voranzutreiben. Der Kirchenrechtler Gero P. Weishaupt stellte dazu zwei Wochen später lapidar fest: „Am 24. Januar 2009, in der Internationalen Gebetswoche für die Einheit der Christen, hat Papst Benedikt XVI. die Exkommunikation von vier Bischöfen der Piusbruderschaft aufgehoben. Diese hatten sich die Strafe der Exkommunikation zugezogen, weil sie ohne päpstliches Mandat von Erzbischof



Marcel Lefebvre im Juni 1988 zu Bischöfen geweiht worden sind. Die unerlaubte Weihe war ein schismatischer Akt. Die Rücknahme der Exkommunikation der vier Bischöfe bedeutet, dass sie wieder in die Kirche aufgenommen sind. Nicht mehr und nicht weniger. Das mehr als zwanzigjährige Schisma ist mit dem Aufhebungsdekret vom 24. Januar 2009 definitiv beendet.“ (**Radio Vatikan**, 7.2.09) Damit entlarven sich alle Beteuerungen u.a. der deutschen Bischofskonferenz als Augenwischerei, die suggerierten, die vier Traditionalisten müssten erst noch gewisse Bedingungen erfüllen um in die Gemeinschaft der Katholiken aufgenommen zu werden – sie sind es bereits.

Brisanz erhielt der Fall durch die Enthüllung, dass einer der Bischöfe, Richard Williamson, den Holocaust leugnet – und zwar schon seit langem. Bereits im November 2008 hatte er ein entsprechendes Interview gegeben, das Anfang Januar 2009 nochmals im schwedischen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Kardinal Kasper, der Vatikan-Verantwortliche für das Gespräch mit anderen christlichen Konfessionen und mit dem Judentum beklagte daher nach dem entsprechenden Presseecho "Fehler im Management der Kurie" und mangelnde Kommunikation im Vatikan, was die Exkommunikation von Lefebvre-Bischöfen betrifft. Sogar der Leiter der deutschsprachigen Sektion von Radio Vatikan, Jesuitenpater Eberhard von Gemmingen, sprach von „Missverständnissen und mangelnder Professionalität“, weil die antisemitische Einstellung von Williamson nicht recherchiert worden sei. (*Radio Vatikan*, 2.2.09)

Tags darauf erklärte das Vatikanische Staatssekretariat, der Papst habe die Äußerungen von Williamson zur Holocaust-Leugnung zum Zeitpunkt der Aufhebung der Exkommunikation nicht gekannt. Dies entlastete die Kurie aber nicht, denn nun wurden immer mehr Dokumente bekannt, die belegen, dass Antisemitismus und rechtsextreme Positionen in der Piusbruderschaft gang und gäbe waren und sind. Sie musste sich z.B. vom Leiter ihrer nordostitalienischen Provinz, Floriano Abrahamowicz, aus taktischen Gründen trennen. Zum einen hatte er erklärt, die Gaskammern in Auschwitz seien "nicht nur zur Desinfektion benutzt worden", was als rhetorisch geschickt verbrämte Holocaust-Leugnung gewertet wurde. Überdies bewertete er das II. Vatikanische Konzil als "cloaca maxima" (Riesenkloake), womit er den Vatikan vor den Kopf stieß. Die Piusbruderschaft sah dies als "schwerwiegende disziplinarische Gründe" und wollte "verhindern, dass das Bild der Bruderschaft Sankt Pius X. weiter verzerrt wird". Andernfalls drohe "ihr Werk im Dienst der Kirche beschädigt zu werden". Experten rechnen indes damit, dass Abrahamowicz wieder aufgenommen wird, sobald sich der Medienrummel gelegt haben wird. Aber auch die deutschen Piusbrüder wurden anhand ihrer programmatischen Aussagen als Gegner des demokratischen Parteiensystems („an die Stelle der Parteien sollten glaubensstarke christliche Männer treten ..) und der im Konzil anerkannten Religionsfreiheit enttarnt. Für „Verbrechen“ gegen biblische Moralvorstellungen solle sogar die Todesstrafe möglich sein. (*heute journal*, 7.2.09, *Radio Vatikan*, 7.2.09) Als noch peinlicher erwies sich ein anderer Umstand, auf den der emeritierte Kirchenrechtler an der Universität Münster, Klaus Lüdicke, hinwies: Für eine erneute Exkommunikation Williamsons ist die Leugnung des Holocaust aus kirchenrechtlicher Sicht kein hinreichender Straftatbestand – auch wenn dieser erst einmal „die historischen Beweise prüfen“ will, ehe er seine Haltung vielleicht ändert. (*Domradio Köln*, 7.2.09; *Spiegel*, 9.2.09)

Besonders schwer trafen den Vatikan besorgte Anfragen von diversen Staatsrepräsentanten, u.a. von Kanzlerin Angela Merkel. Diese machten erstmals deutlich, dass der Staat nicht unter allen Umständen die katholische Kirche dauerhaft als (staatstragenden) Partner anerkennen muss. (vgl. die Presseerklärung des Kanzleramts vom 3.2.09)

Anm. MIZ-Red.: Besonders köstlich hierzu war die Februar-Sendung von „Neues aus der Anstalt“ und speziell Urban Priols Kommentar zu Williamson: „An die Wiederauferstehung von Jesus glaubt er, an die Jungfrauengeburt glaubt er, aber für die Existenz von Gaskammern in Auschwitz – dafür braucht er Beweise.“

I (3913) **Vatikanstadt**. Sogar Radio Vatikan bekommt zu spüren, wie lästig die Fanatiker in den eigenen Reihen werden können, in diesem Fall eine fast schon als faschistoid zu bezeichnende österreichische Website. Unter dem Titel „kreuz.net und wir“ vermeldete Radio Vatikan: „Die Webseite kreuz.net verlinkt zu uns, obwohl wir sie gebeten haben, den Link zu entfernen. Wir distanzieren uns hiermit deutlich von kreuz.net. Wir haben mit dieser Seite nichts zu tun und stehen ihr auch in keiner Weise nahe. Dass die (anonymen!) Betreiber der Seite zu uns linken, macht uns ärgerlich, doch leider können wir es nicht verhindern. Die Redaktion von Radio Vatikan“. (*Radio Vatikan*, 24. u. 25.2.09)

## **Amerika**

### *Vereinigte Staaten*

I (3914) **Buffalo**. Der Gründer eines muslimischen Fernsehkanals in den USA hat seine Frau geköpft. Muzzamil Hassan, Direktor von "Bridges TV" (Brücken-TV) in Buffalo (Bundesstaat New York), wurde laut Presseberichten am 12. Februar festgenommen, nachdem der 44-Jährige der Polizei das Verbrechen gemeldet und sich dazu bekannt hatte. Die Leiche der 37-jährigen Aasiya Hassan wurde in den Räumen des Fernsehsenders gefunden. Auslöser der Bluttat scheint ein Familienkonflikt gewesen sein. Frau Hassan, Mutter von zwei Kindern, hatte vor kurzem die Scheidung eingereicht. Das Familiengericht ordnete aus Sicherheitsgründen an, dass Hassan das gemeinsame Haus bis zum 6. Februar zu verlassen habe. Es habe zuvor bereits Gewaltausbrüche des Ehemanns gegeben, teilten Anwälte der ermordeten Frau mit. tiefes Mitgefühl zum Ausdruck. Hassan hatte den Sender 2004 ins Leben gerufen, um ein positiveres Bild von Muslimen zu verbreiten. (*idea*, 20.2.09)

I (3915) **Washington**. Die neue US-Regierung nimmt die Trennung von Staat und Kirche offenbar ernster als ihr Vorgänger. Religiöse Organisationen in den USA registrieren bereits einen wesentlich geringeren Geldfluss seitens des Staates. Laut einer Umfrage der Tageszeitung "Washington Post" sieht sich die Hälfte von rund 50 befragten Organisationen nachhaltig betroffen. Die neue Regierung unter Präsident Barack Obama hat einen erheblichen Teil staatlicher Hilfszahlungen an religiöse Organisationen gestrichen, weil sie darin einen Verstoß gegen das Verfassungsprinzip der Trennung von Staat und Religion sieht. Seit Beginn der Finanzkrise sind zudem die Steuereinnahmen in zahlreichen US-Bundesstaaten dramatisch gesunken. Daher hätten viele Diözesen laut "Washington Post" bereits den Rotstift ansetzen müssen. (*Washington Post*, 20.2.09)

I (3916) **Rochester**. Präsident Barack Obama ist in den USA ein größerer Held als Jesus Christus. Der jüngsten Umfrage des Instituts Harris Poll zufolge stehen die beiden an der Spitze der Rangliste, gefolgt von dem schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King, den früheren Präsidenten Ronald Reagan, George W. Bush, Abraham Lincoln und John F. Kennedy sowie dem Piloten Chesley Sullenberger, der unlängst ein Flugzeug mit 155 Passagieren sicher auf dem Hudson-Fluss in New York notwasserte. An zehnter Stelle - noch vor "Gott" - folgt die katholische Ordensschwester Mutter Teresa. Die Meinungsforscher machten den mehr als 2.600 befragten Erwachsenen keine Namensvorgaben, aber auf die religiösen Kandidaten entfielen derart geringe Prozentanteile, dass der evangelikale Informationsdienst idea entgegen seiner sonstigen Praxis gar keine Zahlen nennen mochte. (*idea*, 23.2.09)

I (3917) **New York**. Die beiden größten Kirchen in den USA haben im vergangenen Jahr Mitglieder verloren. Die römisch-katholische Kirche schrumpfte um 0,6 Prozent auf 67,1 Millionen Mitglieder und der Bund der Südlichen Baptisten um 0,2 Prozent auf 16,3 Millionen. Bei den kleineren christlichen Gemeinschaften hielten sich Zuwächse und Rückgänge die Waage. Die stärksten Verluste unter den 25 größten Kirchen musste die "Vereinigte Kirche Christi" hinnehmen; ihr Mitgliederstand ging um sechs Prozent auf 1,2 Millionen zurück. Das geht aus dem jüngsten statistischen Jahrbuch der Kirchen und religiösen Sondergemeinschaften in Nordamerika hervor. Die Statistik wird vom Nationalen Kirchenrat in New York herausgegeben. Neben einigen nichtchristlichen Religionen wächst demnach auch der Anteil der keiner Gemeinschaft Zugehörigen, doch wurden hierzu keine genauen Zahlen genannt. (*idea*, 24.2.09)

I (3918) **Olympia**. Gegen den Widerstand zahlreicher christlicher Kirchen ist Beihilfe zum Suizid im Bundesstaat Washington (im Nordwesten der USA) seit Anfang März legal. Der Bundesstaat ist damit nach Oregon und Kalifornien der dritte, in dem das Selbstbestimmungsrecht des Patienten in der Sterbephase durchgesetzt ist. Im November hatte eine Volksabstimmung das Gesetz mit deutlicher Mehrheit gebilligt, mit dem es jetzt erlaubt ist, Patienten, denen weniger als sechs Monate zu leben verbleiben, eine tödliche Dosis von Giftstoffen zu verabreichen, wobei die Betroffenen über die Einnahme aber selbst entscheiden. Vor der Abstimmung hatten die Bischöfe des Bundesstaates die Gläubigen dazu aufgerufen, "das Leben bis zu seinem natürlichen Ende" zu respektieren. Die Bischöfe brachten ihre Sorge über die "ernste Gefahr" zum Ausdruck, die der unterstützte „Selbstmord“ für die schwächsten Personen, die älteren und behinderten Menschen, mit sich bringe. Wenn der Suizid zu einer "ärztlichen Praxis" werde, dann verändere sich die Patienten-Arzt-Beziehung von Grund auf, warnten die Oberhirten vergeblich. (*Radio Vatikan*, 5.3.09)

## Lateinamerika

### *Brasilien*

I (3919) **Recife**. Auf weltweite Empörung stieß die Haltung der katholischen Kirche Brasiliens angesichts der Vergewaltigung eines neunjährigen Mädchens durch ihren Stiefvater. Nachdem klar wurde, dass das nur 1,33 m kleine Mädchen mit Zwillingen im 15. Schwangerschaftsmonat war und sein Leben akut bedroht war, entschlossen sich die Mutter und zwei Ärzte zu einer Abtreibung, die in Brasilien nach einer

Vergewaltigung stets erlaubt ist. Dies aber kritisierte der Erzbischof von Recife, Jose Cardoso Sobrinho, heftig als ein "sehr schwerwiegenden Delikt". Er hatte den Berichten zufolge noch kurz vor der Abtreibung versucht, die Mutter der Neunjährigen in einem persönlichen Gespräch umzustimmen. "Das Mädchen wurde durch eine vollkommen ungerechte Tat geschwängert, aber wir sind verpflichtet, Leben zu retten", sagte Cardoso Sobrinho demnach. "Die Kirche hat stets Abtreibungen verurteilt und wird dies auch weiterhin tun." Mit dem Satz "Das fünfte Gebot des göttlichen Gesetzes verbietet zu töten" meinte er allerdings nicht das Leben des Mädchens.

Tags darauf ging er sogar noch einen Schritt weiter und exkommunizierte sowohl den Arzt als auch die Mutter der Neunjährigen, nicht aber den straffälligen Stiefvater. Sogar der Gesundheitsminister zeigte sich geschockt vom Verhalten des Erzbischofs. (*Spiegel online*, 5.3.09; *Augsburger Allgemeine*, 6.3.09)

Anm. MIZ-Red.: Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen: Eine Mutter und ein Arzt werden genau mit der Kirchenstrafe belegt, die für die Leugnung des Holocausts nach übereinstimmender Auffassung aller Kirchenrechtler nicht möglich ist – und das für eine Handlung, die in solchen Fällen in nahezu allen Staaten erlaubt und in Deutschland sogar zwingend geboten ist. Wenn nämlich Gefahr für das Leben der Mutter besteht (medizinische Indikation), sind Ärzte auch dann zur Abtreibung verpflichtet, wenn sie diese ansonsten aus Gewissensgründen ablehnen; andernfalls machen sie sich sogar strafbar.

## Asien

### *Indien*

I (3920) **Neu Delhi**. Auch in Indien wird die Humanität im Sterbeprozess ein immer akuterer Thema. Der oberste Gerichtshof in Neu Delhi verhandelte nun einen Fall, bei dem es um den Behandlungsabbruch eines Schwerstkranken ging (also nicht um aktive, sondern letztlich um die in den meisten europäischen Staaten legale passive Sterbehilfe). Schon zu Beginn des Verfahrens meldeten sich die katholischen Bischöfe zu Wort und verurteilten mit äußerster Schärfe "jegliche Form von Euthanasie". Die Regierung müsse der Bevölkerung ein ruhiges Leben garantieren und dürfe keinerlei Form von "Tötung" erlauben, sagte ein Sprecher der Glaubensgemeinschaft, der etwa drei fünf Prozent der indischen Bevölkerung angehören. (*Christian News Agency*, 24.2.09)

## Afrika

### *Ruanda*

I (3921) **Kigali**. Wieder einmal ist ein katholischer Priester in Ruanda wegen Beteiligung am Völkermord verurteilt worden. Im Zusammenhang mit einer im Jahr 1994 begangenen Reihe von Morden wurde Pater Emmanuel Rukundo zu 25 Jahren Gefängnishaft verurteilt. Rukundo hatte zugegeben, dass er mit seinen Morden die ethnische Minderheit der Tutsi "vollkommen oder zumindest in Teilen" habe ausrotten wollen. Das geht aus dem Urteil des zuständigen internationalen

Strafgerichtshofs für den Völkermord in Ruanda hervor. Nach Angabe des Gerichtes war der Geistliche zusammen mit Soldaten des Hutu-Volkes an der Tötung von Tutsi-Zivilisten beteiligt, die sich in der Stadt Gitarama in ein Seminar geflüchtet hatten. Rukundo war im Jahr 2001 in der Schweiz verhaftet worden. Damit ist der katholische Klerus nach den Berufssoldaten diejenige Berufsgruppe, die am stärksten in die Kriegsverbrechen im ruandischen Bürgerkrieg verwickelt war. (*misna*, 27.2.09)

### *Zentralafrikanische Republik*

I (3922) **Bangui**. Die Landesregierung hat die christliche Sekte "Evangelische Kirche Mensch Tempel Gottes" wegen "amoralischer Praktiken" verboten. Das berichtete die gabunesische Nachrichtenagentur "Gabonews". Die religiöse Praxis der Sekte sei "fundamentalistisch" und führe ihren Anhängern physischen und psychischen Schaden zu, so der zuständige Minister. Er zitierte einen Fall, in dem ein junger Mann sich das Geschlecht abgeschnitten habe, um den Praktiken der Sekte zu gehorchen.

Ob andere fundamentalistische Klein- und Großsekten ebenso verboten werden, wenn sie z.B. Genitalverstümmelungen zulassen oder kleine Kinder ohne deren Einwilligung den Riten der Gemeinschaft unterwirft, blieb indessen offen. (*Gabonews*, 24.2.09)